Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 196 || **Freitag, den 23. August 1929** || **81. Jahrgang**

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Landwirtschaftliche Schule.) In einer letzthin im Wirtschaftsministerium stattgehabten Versammlung der beteiligten Kreise ergab sich, daß die letzthin in der Presse mehrfach aufgetauchten Mitteilungen, die Landwirtschaftliche Schule zu Pulsnitz höre demnächst auf zu existieren, nicht den Tatsachen entsprechen, sondern mindestens verfrüht sind. Im übrigen sind diese Mitteilungen durch eine Indiskretion in die Blätter gekommen. Diejenigen landwirtschaftlichen Kreise, welche auch weiterhin beabsichtigen, ihre Kinder einer landwirtschaftlichen Schulung in Pulsnitz zuzuführen, können vollkommen beruhigt in die Zukunft blicken.

— (Keine Ueberstunden für vollbeschäftigte Staatsangestellte.) Der Reichsverkehrsminister hat, wie die „Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz" hört, die Behörden seines Geschäftsbereichs durch einen Erlaß dringend ersucht, die Heranziehung von Angestellten zur Ueberzeitarbeit, die nicht durch Freizeit abgegolten werden kann, überhaupt zu vermeiden und Personen, die in ihrem Hauptberuf voll beschäftigt sind, oder zu den Familienmitgliedern von Reichs- oder Staatsbediensteten gehören, grundsätzlich nicht zu Nebenarbeiten heranzuziehen. Bei plötzlich auftretender dringender Mehrarbeit ist in den meisten Fällen die Einstellung von Aushilfskräften wirtschaftlicher als die Heranziehung vollbeschäftigter Personen zu zahlreichen Ueberstunden oder zur Nebenarbeit. Abgesehen davon, daß die zur Ueberstunden- und Nebenarbeit herangezogenen Bediensteten in ihren Tagesleistungen beeinträchtigt werden, ist es auch aus sozialen Gründen richtiger, die bestehende Arbeitslosigkeit unter den Angestellten durch Einstellung von beschäftigungslosen Aushilfskräften zu mildern. Die Einstellung von Arbeitskräften darf aber nicht dazu führen, daß diese nach Erledigung der ihnen zugewiesenen Arbeiten zur allgemeinen Hilfeleistung, insbesondere bei an sich nur ausgelasteten Beamten und Angestellten verwendet werden. Sie sind vielmehr nach Beendigung der zugewiesenen Arbeiten sofort zu entlassen.

Kamenz (Wochenmarkt.) Auf dem gestrigen Wochenmarkt kosteten u. a.: Blumenkohl 20—50, Spinat 30, Bohnen 20, Schoten 30, Möhren 15, Zwiebeln 15—20, Weißkraut 15, Rotkraut 20, Tomaten 35, Aepfel 20—35, Kirschen, saure 45, Stachelbeeren 35, Johannisbeeren 30, Birnen 20—35, Bühler Pflaumen 20—35, Reineclauden 40, Spillchen 20—25, Pfirsiche 50 und 60, Wein 55, holländischer 120, Kartoffeln 6—8 Pfg. das Pfund, Gurken 10 bis 11 Pfund 100 Pfg., Einlegegurken das Schock 100—200 Pfg., Kohlrabi 5—15, Rüben 30, Wirsing 25—35, Staudensalat 5—10 Pfg das Stück, Radieschen 10, weiße Rettiche 15 Pfg. das Bündel, Preißelbeeren 70 Pfg. das Liter.

Dittersbach. (Jahrmarkt.) Der bekannte und vielbesuchte Dittersbacher Jahrmarkt, mit dem zugleich auch die Kirmes, die erste im Reigen der Kirmessen im Sachsenlande, stattfindet, beginnt am Sonntag, den 25. August und dauert bis Dienstag, den 27. August. An allen drei Tagen verkehren Kraftpostsonderfahrten und Eisenbahnsonderzüge nach den Richtungen Arnsdorf, Pirna, Neustadt und Weißig. Hunderte von Buden finden Aufstellung und die Zahl der Besucher wird auch diesmal wieder in die Tausende gehen. Dittersbach bietet auch Sehenswürdigkeiten. Da ist zunächst die alte Kirche, dann das ehemalige Schloß mit seinem Parke, das romantische Wesenitztal, der Lieblingsgrund mit Hubertuskapelle und die Schöne Höhe mit Aussichtsturm, von dem man einen wundervollen Rundblick hat. Ein Besuch des Dittersbacher Jahrmarktes lohnt sich darum schon. Letzter Zug nach Arnsdorf verkehrt am Sonntag 23,29 Uhr, am Montag und Dienstag 23,00 Uhr.

Dresden, 21. August. (Eine Organisation für Milchverwertung.) Auf Grund des Beschlusses der letzten Vertreterversammlung des Sächsischen Landbundes hat sich, wie die „Staatszeitung" meldet, der in der Gesamtsitzung der Landwirtschaftskammer vorgesehene „Fachausschuß für Organisation der Milchverwertung" konstituiert. Er setzt sich zusammen aus Vertretern der Landwirtschaftskammer, des Landbundes und der Genossenschaften; Vorsitzender ist Hofrat Dr. Schöne (Dresden). Der Ausschuß verfolgt zunächst das Ziel, brauchbares Material für die

Haager Konferenz vor dem Auseinandergehen

Die Außenminister fahren nach Genf — Die Ausschüsse sollen weitertagen

Youngplanrevision gegen Deutschland — Die Kabinettsabstimmung über den Arbeitslosenentwurf

Haag. Auf dem Nullpunkt waren am Mittwoch abend die Hoffnungen der deutschen Delegation für eine noch so kleine provisorische Lösung der Haager Konferenz angelangt. In der Nacht zum Donnerstag fanden dann Verhandlungen zwischen Engländern und Franzosen statt, mit dem Ergebnis, von dem man wieder abgekommen ist, nur eine provisorische Lösung für die deutschen Zahlungen nach dem 1. September zu finden. Am Donnerstag nachmittag fanden dann nur private Besprechungen der Delegierten statt, nachdem man die Beratung der sechs einladenden Mächte schon um 12 Uhr vertagt hatte. Die deutsche Delegation stand bei diesen Verhandlungen mitten in dem Kampf zwischen England und Frankreich über die Verteilung der deutschen Tributlasten unter den Gläubigermächten.

Es besteht die Gefahr, daß die Gläubigermächte neue Opfer Deutschland zumuten wollen und, wenn Deutschland diese neuen Opfer verweigern sollte, der deutschen Delegation die Schuld am Scheitern der Haager Konferenz zugeschoben wird.

Es ist besonders Briand, der französische Außenminister, der den letzten Versuch zur Einigung unter den Gläubigerstaaten unterstützt, weil

Briand, wenn die Haager Konferenz ergebnislos zusammenbricht, vor großen innerpolitischen Schwierigkeiten steht.

Er hat dann den Young-Plan nicht durchgesetzt und Frankreich vor eine völlig ungewisse finanzielle Zukunft gestellt, soweit die Reparationseinkünfte Frankreichs in Betracht kommen, und muß außerdem verantworten, daß das Schuldenabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika ratifiziert wird, daß Frankreich also seine Schulden bezahlen muß. — In der Mittwochsitzung haben sich die Delegierten fast beleidigende Worte an den Kopf geworfen, wer

die Schuld an dem Mißerfolg der Konferenz

trage. Man klammert sich an die Hoffnung, daß der englische Schatzkanzler Snowden gegenüber Frankreich doch noch Entgegenkommen zeigen werde und daß man die Organisationsausschüsse des Young-Plans zu arbeiten anfangen lassen könne. Die Minister würden dann nach Genf zur Völkerbundtagung abreisen und hier einen Vorvertrag abschließen.

Wenn die Konferenz am Sonnabend auseinandergeht, ist sie jedoch in der Tat zu Ende, denn der englische Außenminister Henderson, der englische Schatzkanzler Snowden und der französische Außenminister Briand fahren nach Hause. Bestenfalls will man am Sonnabend noch eine

Vollsitzung unter Hinzuziehung der Weltpresse

veranstalten, auf der festgestellt werden soll, daß „niemand" die Schuld am Scheitern der Haager Konferenz trage. Im Haag ist das Gerücht verbreitet, daß die deutsche Delegation bereit sei, die ungeschützten Jahreszahlen des Young-Planes zu erhöhen. Dies ist vorläufig allerdings nur ein Gerücht.

Die nächste Beratung der einladenden Mächte findet am Freitag nachmittag um 4 Uhr statt. Die Verhandlungen zwischen Dr. Stresemann und den Besatzungsmächten wurden gleichfalls auf Freitag vertagt.

Die Arbeit der Ausschüsse nach dem Auffliegen der eigentlichen Haager Konferenz

am Sonnabend müßte den eigentlichen Aufgaben der Haager Konferenz dann gewidmet sein. Man wird sich in diesen Ausschüssen über die Besatzungskosten, über die Verwendung der noch überschüssigen Gelder aus dem Young-Plan, über die Gestaltung der Reichsbahn, der verpfändeten Reichseinnahmen, über die Sachlieferungen, die Liquidation der Vergangenheit und die Internationale Bank auseinanderzusetzen haben. Diese Ausschüsse würden mehr als vier Wochen tagen müssen und von Genf mit den Außenministern nach London oder Paris übersiedeln müssen, wo die Haager Konferenz eine Fortsetzung finden würde.

Youngplan-Revision gegen Deutschland

Die Berliner Presse zu der Erpressungstaktik im Haag

Die Forderung Frankreichs, daß Deutschland die finanzielle Befriedigung der englischen Wünsche übernehmen soll, hat bei dem größten Teil der Berliner Presse Empörung ausgelöst. Es wird an die deutsche Delegation die Forderung gestellt, gegenüber diesem neuen Erpressungsversuch festzubleiben. — Die „Germania" erklärt: Deutschland darf keine Vermittlungsopfer über den Youngplan hinaus bringen, und schreibt weiter, man müsse sich in der Tat wundern, daß man auf der Gegenseite, wo man um wenige Millionen seit Tagen feilscht, ein finanzpolitisch so unverantwortliches Entgegenkommen erwarten könne, nur damit Frankreich und Italien ihre eigene Quote nicht zu verringern brauchten. — Die „D. A. Z." schreibt zu ihrem Haager Bericht: Die allgemeine Nervosität ist auf das höchste gestiegen. Die Schlafwagen sind schon bestellt. Shylock drängt mit der Uhr in der Hand. Hier ist es nicht zu beschönigen und zu verschleiern. Die Tatsachen sprechen für sich. Die deutsche Reichsregierung muß die ihr gestellten Zumutungen ablehnen, zurückweisen, nicht einmal ernsthaft in Erwägung ziehen. Tut sie das nicht, so hat sie mit Herrn Briands liebenswürdiger Unterstützung sich politisch selbst vernichtet. Wir appellieren an die politische Vernunft der Männer, die verantwortlich zu handeln haben. Es steht, mögen sie sich nicht darüber täuschen, für sie politisch und persönlich Entscheidendes auf dem Spiel. — Die „Deutsche Tageszeitung" sagt: Man will uns unter dem vollen Druck unserer eigenen Finanzschwierigkeiten setzen, um den Youngplan durchzudrücken wie man einst die Hungerblockade aufrecht erhielt, um uns Versailles aufzuzwingen. Nur sind wir diesmal selbst daran schuld, daß wir so wenig Widerstandskraft besitzen. — Die „Börsenzeitung" spricht die Erwartung aus, daß man, wenn Briand wirklich am Sonnabend nach Paris reist, wohl erwarten dürfe, daß auch Dr. Stresemann zur Berichterstattung nach Berlin komme. — Der „Lokalanzeiger" weist darauf hin, daß sich die deutsche Delegation darüber klar sein müsse, wenn sie einen Schritt in der Richtung der französischen Forderung täte, daß selbst in diesem Reichstag, selbst bei diesem geduldigsten aller Völker ein solcher Sturm losbrechen würde, daß er die Delegation und den Youngplan hinwegfegte. — Das „Berliner Tageblatt" schreibt: In der Gefahrenzone, in die die ohne jede Morationsmöglichkeit zu zahlende Summe von 660 Millionen Mark pro Jahr hineinreiche, sei jede weitere Million ein Risiko, das kein verantwortlicher deutscher Minister auf die deutsche Wirtschaft laden könne. Es müsse bei diesen Ziffern, die letztenendes im Reiche der Hypothese liegen, auch einmal eine Grenze geben, die mit prinzipientreuer Hartnäckigkeit verteidigt werde. Solche Hartnäckigkeit sei gerade jetzt angebracht, da sich die Uneinigkeit im interalliierten Lager wieder einmal in einem Druck auf Deutschland auszuwirken scheine. Die Tatsache, daß Briand bis heute kein Räumungsdatum genannt hat, dürfe an diesen Erwägungen nichts ändern. Niemand, der die Lage der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen auch nur mit einigem Sachverständnis beurteilen könne, würde dafür eintreten können, ein früheres Räumungsdatum mit einer Erhöhung der deutschen Verpflichtungen zu erkaufen. Das Blatt hofft, daß die deutsche Delegation im Haag sich des Ernstes unserer wirtschaftlichen Lage voll bewußt ist. — Der Berichterstatter des „Vorwärts" im Haag dementiert ein Gerücht, daß Hilferding den Gläubigern eine Erhöhung der ungeschützten deutschen Zahlung um 100 Millionen Mark angeboten habe, fährt aber fort: Dabei weiß jeder, daß alle deutschen Minister sich gegen neue Zugeständnisse mit der denkbar größten Entschiedenheit gewehrt haben und daß sie jetzt, wenn sie durch die Gegenseite auf diesen Weg gedrängt werden, es sich für sie nur darum handeln kann, in überaus heiklen verantwortungsvollen und zähen Verhandlungen das meiste für Deutschland herauszuholen und noch schlimmeres für Deutschland zu verhüten.

Der Temps über Stresemann

Obgleich die Mehrzahl der französischen Blätter behauptet, den Standpunkt Dr. Stresemanns zu verstehen, werden seine Forderungen ohne Ausnahme aufs schärfste abgelehnt. Der Temps schreibt u. a.: Man solle sich über Dr. Stresemanns Bitterkeit und Heftigkeit der deutschen Presse nicht wundern. Der deutsche Außenminister befindet sich tatsächlich in einer äußerst schwierigen Lage. Er muß befürchten, daß die Politik, die er Dank seiner persönlichen Autorität dem deutschen Volk vorgeschrieben hat, zusammenbricht und zwar gerade in dem Augenblick, in dem er mit Recht glaubte, eines Erfolges sicher zu sein.

Die Kabinettsabstimmung über den Arbeitslosenentwurf

Berlin, 23. August. Wie der demokratische Zeitungsdienst mitteilt, haben sich bei der entscheidenden Kabinettsabstimmung über den neuen Regierungsentwurf zur Arbeitslosenversicherungsreform von den vorhandenen elf Reichsressorts sieben für und vier gegen den Entwurf ausgesprochen, und zwar seien gegen den Entwurf gewesen neben den beiden volksparteilichen Ministern auch der Reichsernährungsminister Dietrich und schließlich aus naheliegenden finanzpolitischen Gründen auch das Reichsfinanzministerium, das der Sozialdemokrat Hilferding verwaltet.

Neue Kämpfe im fernen Osten

In Nanking ist ein Bericht aus Hongkong eingegangen, wonach es zwischen chinesischen und sowjet-russischen Truppen an der Grenze zu neuen schweren Kämpfen kam, die drei Stunden andauerten. Die beiderseitigen Verluste werden nicht angegeben.

SLUB
Wir führen Wissen.